

„Binnen fünf Jahren werden durch die Digitalisierung 7,1 Millionen Jobs verloren gehen. Das Grundeinkommen könnte eine Massenarbeitslosigkeit abfedern.“

HINTERGRUND

Historische Vorbilder

1516 stellte der Sozialutopist Thomas Morus die Forderung nach einer Existenzsicherung für alle im Staat. Für Charles Montesquieu ergab sich diese Pflicht aus dem Selbstverständnis des Staates heraus.



Bürgergeld

Die Idee des Bürgergeldes ist es, die Sozialversicherungen zu pauschalisieren. Statt vieler verschiedener Behörden wäre dann ausschließlich das Finanzamt für die Auszahlung staatlicher Gelder zuständig.



Von Doris Neubauer

„Nur ein Marketing-Gag“, das war Katrin Klinks erster Gedanke, als sie im Dezember 2015 ein Mail erhielt: „Herzlichen Glückwunsch, Sie bekommen ein Jahr lang monatlich 1.000 Euro.“ Das Mail war kein Scherz. Seit Januar 2016 bekommt die alleinerziehende Mutter die Summe monatlich ausbezahlt. Einfach so. Ohne etwas dafür tun zu müssen. Wovon viele träumen, das ist für die Kölnerin plötzlich Realität geworden: Sie hat eines von mittlerweile 43 bedingungslosen Grundeinkommen gewonnen, die der Berliner Verein „Mein Grundeinkommen“ seit 2014 verlost. Gesammelt wird das Geld über eine Crowdfunding-Plattform. Auch die selbstständige Grafikerin hatte gespendet. Dass sie damit an der Verlosung teilnahm, hatte sie vergessen. „Ein Jahr lang mehr Geld pro Monat und mehr Zeit – das habe ich als Riesenchance und Geschenk gesehen, die ich nutzen will“, sagt die Freiberuflerin.

Zeitlicher Wohlstand

Seither hat die Kölnerin nicht nur ein Flüchtlingsprojekt ehrenamtlich unterstützt, sondern auch ein Fernstudium gemeistert und ihre Abschlussarbeit als Buch herausgegeben. „Ohne Grundeinkommen hätte ich nicht die Zeit gehabt“, ist die Alleinerziehlerin überzeugt, „ich hätte es mir auch nicht leisten können. So hatte ich den Luxus, meine Grafik-Kunden zwar zu betreuen, mich aber nicht um neue Aufträge bemühen zu müssen.“ Eine Freiheit, die sie die restlichen sieben Monate noch genießen möchte: „Jetzt nehme ich mir mehr Zeit, um mit meinem Sohn zu verreisen.“

Die Arbeit vom Zwang zu befreien – was Klinks ein Jahr lang erleben darf, ist einer der positiven Effekte, den sich Befürworter von der flächendeckenden Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) erwarten. Von der Idee also, dass jeder Bürger sein Leben lang monatlich einen gesetzlich festgelegten Betrag in derselben Höhe vom Staat erhalten soll. Ohne Kontrolle, ohne Bedingung, ohne Gegenleistung. Das BGE soll die Existenz sichern, ohne dass Einkommen oder Sozialhilfe notwendig sind.

Neu ist die Idee nicht: Kanada oder Brasilien haben bereits damit experimentiert. Radikal umgesetzt wurde das Konzept aber nirgendwo. Auch in der Schweiz, wo am Sonntag abgestimmt wird (siehe Geschichte rechts), erwarten sich nicht einmal die Initiatoren



Wer geht noch arbeiten, wenn es ein bedingungsloses Grundeinkommen gibt? Ein Freibrief fürs Nichtstun – oder doch ein Zukunftsmodell? Ein Berliner Crowdfunding-Projekt versucht im Praxistest Antworten zu finden.

Experiment für einen neuen ARBEITSWOHLSTAND

eine mehrheitliche Befürwortung: „Ziel war es, eine Kampagne zu gestalten, die den Fragen des Grundeinkommens Gewicht verleiht – in der Schweiz und darüber hinaus“, so Philip Kovce, Co-Autor des Buchs „Was fehlt, wenn alles da ist? Warum das bedingungslose Grundeinkommen die richtigen Fragen stellt.“ Das ist den Initiatoren gelungen, die Debatte wurde international befördert.

„Schon derzeit bleiben viele Arbeiten unerledigt, vor allem im Dienstleistungssektor. Schlecht bezahlte oder unangenehme Jobs würde dann niemand mehr machen.“

Einig sind sich Befürworter und Gegner bloß in einem Punkt: Das Thema muss diskutiert werden, lenkt es doch die Aufmerksamkeit auf gesellschaftliche Defizite. Etwa auf die Tatsache, dass in den kommenden fünf Jahren durch Digitalisierung und Automatisierung 7,1 Millionen Jobs verloren gehen werden, wie eine Studie des Wirtschaftsforums in Davos zeigt. Da könnte das BGE gerade rechtzeitig eine drohende Massenarbeitslosigkeit abfedern. Könnte, gäbe es nicht die vielen offenen Punkte in

der Umsetzung. Neben der Höhe sowie der Finanzierung wird vor allem über die Auswirkung eines BGE auf den Arbeitsmarkt gestritten: „Schon derzeit bleiben viele Arbeiten unerledigt, vor allem im Dienstleistungsbereich“, meint Ökonom Clemens Fuest vom deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Gerade Jobs, die sich finanziell kaum lohnen oder besonders anstrengend und unangenehm sind, würden dann von niemandem mehr gemacht werden.

Faul sind nur „die anderen“

Stimmt nicht, meinen die Verfechter des BGE in der Schweiz und verweisen auf Umfragen: Zwar glauben 80 Prozent, dass sich „die anderen“ beim Erhalt eines Grundeinkommens auf die faule Haut legen würden, tatsächlich erklären aber 90 Prozent der Befragten, selbst sehr wohl weiterarbeiten zu wollen. Das bestätigt auch eine aktuelle Umfrage in der Schweiz: Nur zwei Prozent der Befragten spielen mit dem Gedanken, nicht mehr berufstätig zu sein. 54 Prozent der Teilnehmer würden sich weiterbilden, 22 Prozent den Sprung in die Selbstständigkeit wagen und über die Hälfte würde

sich mehr Zeit für die Familie nehmen. Sich selbst verwirklichen, seine Berufung finden, glücklicher wie produktiver werden und auch Tätigkeiten übernehmen, die nicht entlohnt werden – das erhoffen sich die Befürworter von der finanziellen Grundabsicherung. „Das BGE könnte außerdem Innovationskraft freisetzen“, fügt Christian Lichtenberg von „Mein Grundeinkommen“ hinzu, „viele Menschen stecken im Hamsterrad und sind gar nicht frei genug, um über mögliche Verbesserungen nachzudenken.“

Darüber hinaus könnten „Drecksjobs“ und unwürdige Arbeitsbedingungen durch das BGE der Vergangenheit angehören. „Im

Gespräch mit meinen Kollegen hat sich gezeigt, dass alle beim Erhalt eines BGE weiter und auch Vollzeit arbeiten würden – aber nicht unter den aktuellen Bedingungen“, erzählt Olga Zimmer. „Wenn man nicht mehr vom Job abhängig ist, schafft das eine ganz andere Verhandlungsbasis zwischen Arbeitgeber und -nehmer.“

Wie gut sich eine solche Unabhängigkeit anfühlen könnte, hat die zweifache Mutter ein Jahr lang erfahren: Ihr neunjähriger Sohn Robin wurde als Gewinner eines Grundeinkommens gezogen. „Als erstes wollte er ein Buch pro Monat“, erzählt die 46-Jährige, „das restliche Geld gehörte uns.“ Also beschloss die Familie, in ge-



Mehrheit in EU dafür

Geld vom Staat von der Wiege bis zur Bahre: Insgesamt 64 Prozent aller EU-Bürger würden dafür stimmen, so das Ergebnis einer Umfrage in allen 28 EU-Mitgliedsstaaten.

Foto: APA / Keystone / © Georgios Kellias

Experiment in Kanada

„Mincome“ war ein Sozialexperiment in den 1970ern, das die Effekte eines jährlichen Einkommenszuschusses in Abhängigkeit von Arbeit untersuchen sollte. Die Ergebnisse wurden nie publiziert.



Mongolei und Alaska

Die Regierung der Mongolei hat erste Schritte für ein bedingungsloses Grundeinkommen gesetzt. Ähnlich wie in Alaska soll das Geld aus Einnahmen durch den Verkauf von Bodenschätzen stammen.



„In der Schweiz unterstützen vor allem rot-grüne Kreise das Grundeinkommen, während es in Finnland zahlreiche Befürworter aus dem bürgerlichen Lager gibt.“

Geld für alle

Die „Initiative Grundeinkommen“ kippte bei einer Aktion in Bern im Mai acht Millionen 8-Rappen-Stücke aus.

meinsame Urlaube und Ausflüge zu investieren. „Mein Mann und ich haben gearbeitet wie bisher“, berichtet Zimmer, „aber wir haben uns als Familie mehr Zeit füreinander genommen.“ Dadurch sind sie nicht nur enger zusammengewachsen, für Zimmer hatte der Erhalt des BGE weitere Folgen: „Ich bin morgens aufgewacht und wusste, es kann kommen, was wolle“, beschreibt sie, „es hat Entspannung in den Alltag gebracht.“

Und es hat den Blick der Ehefrau und Mutter auf politische Themen gelenkt. Sie versucht ihre Kinder jetzt noch weltoffener zu erziehen. Dazu gehört auch, sich bewusst mit kontroversen Fragen auseinanderzusetzen: Was werten wir als Arbeit? Warum wird nicht entlohnt, wenn man sich um seine Kinder kümmert? Warum sind so viele Frauen abhängig vom Einkommen ihres Mannes? Sollen auch Kinder ein BGE bekommen?

Denkanstoß

Dass sich die Projektteilnehmer mit all diesen Fragen auseinandersetzen, wertet „Mein Grundeinkommen“ genauso als Erfolg ihres Praxistests wie die Geschichten Einzelner: „Ein Gewinner mit chronischer Magen-Darm-Erkrankung muss seit längerem kein Kortison mehr nehmen, weil er durch das BGE zur Ruhe kommt“, erzählt Lichtenberg. „Ein anderer musste nach einer Langzeit-Entzugskur nicht als erstes gleich ins Jobcen-

„Das Grundeinkommen wird ja nicht mit einer Revolution kommen, sondern pragmatisch und eher in kleinen Schritten.“

ter, sondern hatte Zeit, selbst nach einem passenden Job zu suchen.“

Dass das Projekt trotzdem nicht ausreichend Rückschlüsse auf die Langzeit-Auswirkungen eines lebenslangen und flächendeckenden BGE liefert, dessen ist man sich bewusst. „Wir sind kein wissenschaftliches Experiment und vergeben das Grundeinkommen nur für ein Jahr“, räumt Lichtenberg ein. Dass kein Land diesen radikalen Schritt über Nacht wagen wird, ist ihm genauso klar wie Kovce von der Schweizer Initiative: „Das Grundeinkommen wird nicht mit einer Revolution, sondern pragmatisch, in kleinen Schritten kommen.“ Einer dieser Schritte ist, sich zu fragen: Was würde ich arbeiten, wenn für mein Einkommen gesorgt wäre? „Eine Frage, die alle aufruft, das zu tun, was sie tun würden, wenn ihre Existenz gesichert wäre“, so Kovce. „Wer das tut, dient sich selbst und den anderen am besten.“

Die Schweizer werden am 5. Juni wohl mehrheitlich gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) stimmen. Der Vorstoß hat dennoch eine breite Debatte über Sozialsystem und Arbeitsmarkt ausgelöst.

Die Eidgenossen bleiben vorerst skeptisch

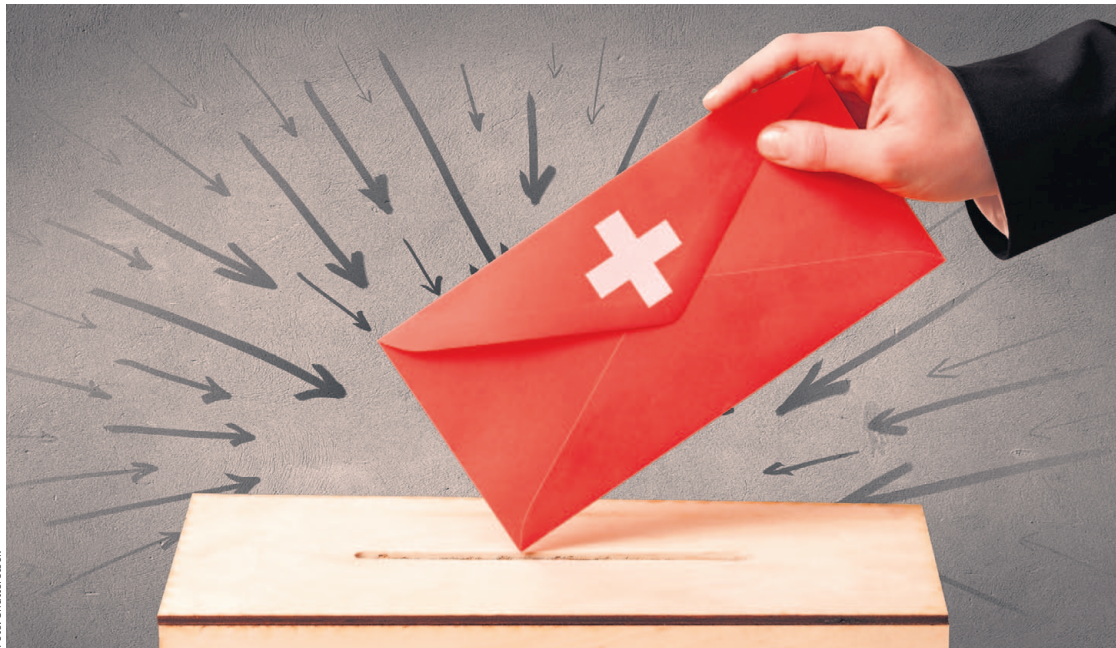


Foto: Shutterstock

Von Sylvia Einöder

Der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen – das ist der Anspruch der „Volksinitiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen“ (BGE). Würde die Volksabstimmung am Sonntag zu einem mehrheitlichen „Ja“ führen, bekämen alle Schweizer vom Staat ein monatliches Grundeinkommen, das an keine Leistung gekoppelt ist. Für Erwachsene sehen die Initiatoren 2500 Franken (2256 Euro) vor, für Kinder 625 Franken (567 Euro). Doch am 5. Juni könnten die Stimmberechtigten lediglich den Grundstein dafür legen. Sämtliche Fragen zur Ausgestaltung und Finanzierung des neuen Sozialsystems wären dem Parlament überlassen. Selbst die Höhe des Grundeinkommens würde erst nach der Abstimmung per Gesetz festgelegt werden.

Traditionell sind den Schweizern Sozialmaßnahmen mit umstrittener Finanzierung suspekt. So scheiterten an der Referendumsurne bereits Initiativen für einen Mindestlohn von rund 12,50 Euro und für eine Verlängerung des gesetzlichen Mindesturlaubs von vier auf sechs Wochen. Auch bei dieser Abstimmung werden sich laut dem Markt-

„Durch das bedingungslose Grundeinkommen wäre man nicht mehr darauf angewiesen, möglichst viel Geld zu verdienen, und könnte etwa auch eine Lehre in einem Tieflohnbetrieb machen.“

forschungsinstitut Dalia Research nur etwa 25 Prozent der Schweizer für die neue Sozialmaßnahme aussprechen. In der EU hingegen würden insgesamt 64 Prozent aller EU-Bürger bei einem Referendum für ein Grundeinkommen stimmen. Doch zurück in die Schweiz, wo Bundesrat und Parlament

den Vorschlag ablehnen. Außer den Grünen sind dort alle Parteien dagegen, auch die Wirtschaftsverbände und die Gewerkschaften. Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde den Arbeits- und Fachkräftemangel in der Schweiz weiter verschärfen, meinen Kritiker. Die Einführung eines Grundeinkommens würde das traditionelle Sozialsystem, das gezielter und differenzierter sei als ein BGE, auf den Kopf stellen – mit unabsehbaren Folgen, heißt es. Kritiker fragen auch, wieso ein Millionärssohn den gleichen Betrag erhalten soll wie eine invalide Person.

Ansprüche über Existenzminimum hinaus

Vertreter der Volksinitiative kontern darauf, dass Sozialleistungen weiter dort erbracht werden würden, wo ein nachweislicher Bedarf über die Höhe des Grundeinkommens hinaus vorliegt. Zudem stelle sich die Frage, warum Menschen mit einem Grundeinkommen aufhören sollten zu arbeiten, wo sie doch bislang auch nicht die Arbeit niedergelegt haben, sobald sie 2500 Franken verdient haben. Die meisten Menschen würden sich mehr als bloß ein Existenzminimum für sich und ihre Familien wünschen. Außerdem bestünde in Zeiten der Robotisierung und Digitalisierung vielmehr das gegenteilige Problem: Es gibt immer weniger Arbeit, auf die die Menschen jedoch existenziell angewiesen sind.

Zur Finanzierung des Grundeinkommens wären große Einsparungen oder Steuererhöhungen nötig, meinen Grundeinkommens-Gegner. Der Bundesrat rechnet mit einer Finanzierungslücke von 25 Milliarden Franken jährlich. Denn die Summe aller Grundeinkommen käme auf 208 Milliarden Franken jährlich, was einem Drittel des Schweizer Bruttoinlandsproduktes entspricht.

Befürworter spielen indessen mit unterschiedlichen Ideen für zeitgemäße und sinnvolle Steuern. Sie halten die Finanzierung für keine Frage des zusätzlichen Geldes, sondern für eine „schlichte Umwandlung des heute bedingten Grundeinkommensanteils in einen bedingungslosen“, so Daniel Häni, Sprecher der Grundeinkommen-Initiative. Zur Deckung der entstehenden Kosten hat sich der ehemalige Schweizer SP-Vizekanzler Oswald Sigg für eine Finanztransaktionssteuer ausgesprochen. Er ist überzeugt, dass mit der Sozialmaßnahme die Gesellschaft nicht der allgemeinen Faulheit anheimfallen würde. „Im Gegenteil: Dank des Grundeinkommens wäre man nicht mehr darauf angewiesen, möglichst viel Geld zu generieren, und könnte sich eine Lehre in einem Tieflohnbetrieb leisten.“

In den Niederlanden und in Finnland wird das Grundeinkommen bereits auf kommunaler Ebene in Pilotversuchen getestet. In Finnland kommt ab 2017 eine „Light-Version“: Konkret sollen jene Menschen rund 723 Euro erhalten, die bislang mehr Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe erhalten haben, als sie im Falle einer Arbeitsaufnahme in ihrem Beruf verdienen würden – und daher wenig Anlass hatten, etwa als Pflegekräfte zu arbeiten. Während in Finnland namentlich bürgerliche Kreise der Idee viel Zuspruch entgegenbringen, unterstützen in der Schweiz vor allem rot-grüne Kreise das bedingungslose Grundeinkommen.

KLARTEXT

Von Manfred Prisching

Wer ist eigentlich das Volk?

Der Streit um das „Volk“ ist entbrannt, als ob es ein solches gäbe. Dabei haben die zeitgeistifrigen Eliten Begriff und Idee in den letzten Jahrzehnten in Blut und Boden verdammt. Wer „Volk“ oder „Heimat“ sagte, der war nazistisch. Ausnahme: „Wir sind das Volk.“ Viele haben sich von Narzissenfest, Tracht, Blasmusik und Fronleichnamprozession jedenfalls nicht abbringen lassen. Die verspätet-risikolosen Diktaturbekämpfer haben natürlich übersehen, dass laut österreichischer Verfassung das Recht vom „Volke“ ausgeht und dass Richter ihre Urteile „im Namen des Volkes“ fällen. Da der „Oben & progressiv“-Cluster vom „Volk“ so weit entfernt ist wie von der Realität, tritt er egalisierungsbewusst gegen jede Ausgrenzung auf, mit Ausnahme der Ausgrenzung des Volkes. Dafür betreibt man Alltagskulturforchung – über einen Alltag, den man bloß vom Hörensagen kennt. Doch die meisten Leute haben das eifernde Getue hingenommen, solange Regierungen „geliefert“ haben: mehr Wohlstand, Fortschritt, Sicherheit.



Aber das ist vorbei: Flüchtlinge und Terror; prekäre Jobs und schlechte Aussichten; Europa-Skepsis und Immigrationsangst. Alles in einem Luxusambiente mit hohen Ansprüchen. Da will man sich an das Vertraute halten, illusioniert sich Retro-Welten, darunter Volk und Heimat.

Da das „Volk“ von tumben Intellektuellen als faschistisch imaginiert wird, wird es gerne den Populisten mit ihren autoritären Anwendungen überlassen. Diese imaginieren sich ein anderes „Volk“: einig, wertebewusst und heimattreu.

In Wahrheit gibt es viele Völker innerhalb des Volkes, schließlich leben wir in einer pluralistischen und individualistischen Gesellschaft. Bei diesem Sachverhalt könnte eine ernsthafte Diskussion ansetzen, doch weder die Quasi-Intellektuellen noch die Autoritären sind daran interessiert.

Der Autor ist Professor für Soziologie an der Universität Graz